Schützt die Deserteure – Redebeitrag von Rudi Friedrich, Connection e.V.

1. April 2024

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Freunde, liebe Freundinnen,

kurz vor den Ostermärschen warnte die Außenministerin Annalena Baerbock vor einseitiger Parteinahme zu den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten. Einseitig? Frau Baerbock, seit mehr als zwei Jahren setzen Sie sich gemeinsam mit ihren Parteifreund*innen und vielen anderen Politiker*innen dafür ein, Krieg zu führen. Fassen Sie sich an die eigene Nase! Sie setzen auf die Gewalt des Militärs, statt auf andere Lösungen zu drängen. Sie als Außenministerin sollten stattdessen das Ziel verfolgen, den Krieg so bald wie möglich durch Verhandlungen zu beenden.

Aktuell werden in den verschiedensten Ländern Kriege geführt, auf Kosten der jeweiligen Bevölkerung, mit Tausenden von Toten und weitreichenden Zerstörungen. Der Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine geht inzwischen ins dritte Jahr. Seit dem Angriff der Hamas führt Israel einen Krieg in Gaza. Die Türkei setzt immer wieder Militär in den benachbarten Staaten in den kurdischen Gebieten ein. Die Lage zwischen Armenien und Aserbaidschan ist weiterhin angespannt. Im Sudan, Jemen oder Myanmar herrschen Kriege, die den genannten Kriegen in Bezug auf Zahlen der Opfer und Grausamkeit um nichts nachstehen, die nur weniger öffentliche Beachtung finden.

Wir setzen diesen Kriegen hier und heute ein Zeichen entgegen. Wir brauchen politische Lösungen. Wir brauchen ein Ende der Gewaltspirale. Wir müssen auf diejenigen hören, die sich – wo auch immer – der Gewalt entgegenstellen.

Was bedeutet Krieg? Unsere Politiker*innen erzählen uns, dass es in der Ukraine allein um die Verteidigung der Souveränität der Ukraine geht. Hier in Deutschland lebt das Feindbild Russland wieder auf. Statt auf Dialog zu setzen, wird Hass gesät.

In der Ukraine hat das ganz konkrete Folgen. Die Verweigerer berichten uns, dass es eine deutliche Steigerung von Patriotismus und Nationalismus erzeugt hat. Nationalistische Kräfte werden gestärkt, die Gewalt auch in der Gesellschaft nimmt zu. Und all das neben der alltäglichen Zerstörung durch den Krieg, den Tod von Zivilisten, den täglichen Tod und Verwundung in den Schützengräben an der Front.

Im Krieg in der Ukraine setzen beide Kriegsparteien auf einen sogenannten Sieg. Das ist Massenmord mit ungewissem Ausgang, denn Kriege verlaufen selten wie geplant. Man spricht von Abnutzungskrieg. Abgenutzt werden dabei Menschen, Tag für Tag. Jeder Kriegstag erhöht die Gefahr der Ausweitung und Eskalation des Kriegs. Statt Kriegsrhetorik brauchen wir Diplomatie. Staaten und internationale Organisationen müssen verhandeln, um den Krieg schnellstmöglich zu beenden!

Und die Militarisierung nimmt auch hier in Deutschland zu. Die Forderung auf eine Wiedereinführung der Militärdienstpflicht oder einer Dienstpflicht wird wieder salonfähig. Fast täglich wird über neue Waffenlieferungen, erweiterte Waffenproduktion diskutiert und dies auch beschlossen und mit Milliarden unterstützt. Es wird neu und neu darüber fabuliert, dass die Ukraine nur die entscheidende Waffe brauche, um den Krieg zu gewinnen. Ja, der Sieg der Ukraine gegen Russland: Es scheint fast, als leuchte vielen die Augen, wenn sie uns dies glauben machen wollen. Und dafür schicken sie Tausende junge Männer und auch Frauen in den Krieg. Es findet eine Militarisierung der Köpfe, der Sprache, der Gesellschaft statt, der wir uns entgegen stellen müssen. Der Diskurs über neue Waffen, den Sieg, verschleiert nur das, was uns einer der Verweigerer sagte: "Ich bin der festen Überzeugung, dass im 21. Jahrhundert nur Diplomatie Lösungen bringen kann, nicht aber ein Krieg."

Aus allen Seiten stellen sich Frauen und Männer der Kriegsrhetorik mutig entgegen. Sie verweigern sich – auf welcher Seite auch immer – dem Grauen des Krieges. Und das sind nicht wenige, wenn wir uns den Krieg in der Ukraine anschauen. Über 250.000 sind aus Russland geflüchtet, damit sie nicht zum Krieg einberufen werden. Über 300.000 haben die Ukraine verlassen, um nicht mitkämpfen zu müssen. In Belarus gab es Zehntausende, die vor einer drohenden Einberufung das Weite gesucht haben. Und das gilt auch für den Krieg in Israel/Palästina. Auch dort gibt es viele Menschen, die sich dem Krieg entgegenstellen, protestieren, sich der Beteiligung am Krieg verweigern.

Sie sagen Nein zu Krieg, zum Töten. Sie wollen leben. Es ist ein Widerstand von unten, eine Abstimmung mit den Füßen gegen den Krieg.

In ihren Ländern werden sie allzu oft diffamiert. Sie sind als Verräter an der gemeinsamen nationalen Sache verschrien. Es gelte doch, so wird ihnen entgegengehalten, dass sich jeder für den Staat einsetzt und mit in den Krieg zieht. Dabei haben sie eine Entscheidung für die Zukunft getroffen: Das Töten muss sofort gestoppt werden. Der Krieg muss beendet werden. Ihr Ziel ist es, nicht zu töten oder sich töten zu lassen. Ihr Ziel heißt Leben, ihr eigenes wie das aller anderen.

Wir erinnern uns: Über viele Jahre hinweg waren auch Deserteure des II. Weltkrieges in Deutschland diffamiert. In unserer eigenen Geschichte wurden Menschen, die sich dem verbrecherischen Krieg des Faschismus' verweigerten, die sich dem Befehl zum Töten widersetzten, als "Kameradenschweine" und "Vaterlandsverräter" gebrandmarkt. Im II. Weltkrieg sind in Deutschland etwa 30.000 Soldaten desertiert, 20.000 davon wurden hingerichtet. Die Überlebenden mussten über Jahrzehnte darum kämpfen, dass diese Urteile aufgehoben wurden, dass ihre Tat gewürdigt wurde.

Ich bin Rudi Friedrich von Connection e.V. Seit vielen Jahren unterstützen wir Menschen in den verschiedensten Ländern, die diese Entscheidung für sich getroffen haben, die den Kriegsdienst verweigern, die Befehle verweigern, die abhauen und desertieren.

Ich will Euch einige dieser Verweiger*innen vorstellen, die wir in den letzten Monaten unterstützt haben:

Vor einer Woche traf ich in Berlin Nikolai Goriachev. Er war nach der Teilmobilmachung in Russland geflohen und hat in Deutschland Asyl beantragt. Er hatte Hoffnung auf die Aussage insbesondere von Bundeskanzler Scholz gesetzt, der sich im September 2022 dafür aussprach, Russen Schutz anzubieten, die sich der Einberufung verweigern. Und nun musste er erleben, dass ihn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt hat. Eine Einberufung sei nicht beachtlich wahrscheinlich, so hieß es. Dieser Begriff beachtliche Wahrscheinlichkeit taucht immer wieder in den Verfahren auf. Seitenweise wird ihm im Bescheid vorgerechnet, warum er ganz bestimmt nicht mit einer Einberufung rechnen muss. Das ist mindestens zynisch, denn es beruht allein auf einer spröden Quellenlage, die mit Wahrscheinlichkeiten argumentiert. Und eine Einberufung ausschließen kann das Bundesamt natürlich nicht. Er wurde also abgelehnt. Nikolai dazu: "Ich dachte, dass Worte tatsächlich etwas bedeuten, dass es nicht nur eine populistische Propaganda ist. Das ist wirklich enttäuschend. Natürlich habe ich Klage gegen die Entscheidung eingelegt."

Seine Tat, seine Verweigerung, wird missachtet, wie in vielen anderen Fällen auch. Das ist ein Skandal. Ihre Desertion, ihre Verweigerung muss als Asylgrund anerkannt werden!

Kurze Zeit später traf ich in Köln Andrii Konovalov. Er kommt aus der Ukraine und studiert in Deutschland. Zum zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns hielt er gemeinsam mit einem russischen Verweigerer eine Rede. Andrii hob dort seinen Wunsch nach Dialog hervor: "Wir haben die Pflicht, die Politik der Spaltung in 'wir' und 'die' abzulehnen, die andere Seite nicht als Feind zu brandmarken und die Rückkehr zum Dialog zu fordern. Zu einem Dialog, der es ermöglicht, den Vormarsch der extremen politischen Kräfte in Russland und in der Ukraine aber auch in Israel, in Europa und in den USA zu stoppen."

Und da ist Sofia Orr. Sie lebt in Israel und hat vor wenigen Wochen öffentlich den Kriegsdienst verweigert. In einem Interview sagt sie: "Die derzeitige Atmosphäre ist viel gewalttätiger als zuvor. Es ist jetzt besonders wichtig, die Stimme zum Widerstand zu erheben. Ich verweigere, weil es im Krieg keine Gewinner*innen gibt. Alle Menschen, vom Jordan bis zum Mittelmeer, leiden unter diesem Krieg. Nur Frieden, eine politische Lösung und eine Alternative können zu echter Sicherheit führen. Die Anschläge der Hamas vom 7. Oktober haben uns wieder einmal gezeigt, dass Gewalt nur zu mehr Gewalt führt und dass wir das Problem friedlich lösen müssen." Sofia Orr wurde zu 20 Tagen Haft verurteilt. Es ist davon auszugehen, dass weitere Urteile folgen.

Desertion, Verweigerung und Befehlsverweigerung ist ein bedeutsamer Teil des Widerstandes gegen den Krieg. Es ist ein Akt der Selbstbestimmung und Humanität. Deserteure und Verweigerer sind Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie. Sie setzen ein Zeichen, dass es Alternativen gibt: zu Kampf, Zerstörung, zum Töten.

Und unsere Aufgabe ist es, von unten gegen diese Politik aufzustehen. Liebe Freundinnen und Freunde, deswegen bin ich so froh, dass wir heute hier gemeinsam stehen, gegen Militarisierung und Krieg und fordern: Die Waffen nieder!

Ich will noch näher darauf eingehen, wie Deutschland, wie die Europäische Union mit denen umgeht, die Nein zum Krieg in der Ukraine sagen.

Ein Blick auf Russland. Im September 2022 rief die russische Regierung eine Teilmobilmachung aus. In den Tagen danach standen die Telefone bei uns und bei Pro Asyl nicht still. Zehntausende flohen aus dem Land. Es war eine klare Abstimmung mit den Füßen gegen einen verbrecherischen Krieg. Viele fragten bei uns an, wie sie angesichts dieser
Rekrutierungswelle das Land verlassen könnten. Andere schafften
es, in angrenzende Länder wie Kasachstan, Georgien, Türkei oder
Armenien zu fliehen und suchten nach Möglichkeiten, ein Visum
für Westeuropa zu erhalten. Einige wenige riefen auch aus
Deutschland oder angrenzenden Ländern an. Sie hatten es
geschafft, ein Visum zu bekommen oder auf anderen Wegen
Deutschland zu erreichen. Wie können wir Asyl erhalten? fragten sie.

Aber es war ja schon extrem schwierig, in die Europäische Union zu kommen. Die baltischen Staaten und Polen schlossen die Grenzen für russische Staatsbürger*innen. Andere Länder reagierten mit strikteren Visaregelungen. Und auch deutsche Botschaften, so wurde uns von Angehörigen mitgeteilt, verweigerten in so manchen Fällen eine Visumserteilung, weil nicht davon auszugehen sei, dass die Person rechtzeitig wieder zurückkehre. Ja natürlich nicht, es geht ja gerade darum, Schutz in einem anderen Land zu erhalten. Und so weist Deutschland Schutzsuchende schon vor der Einreise ab. Die Grenzen wurden also abgeriegelt. Auf der anderen Seite ist der Status der Betroffenen in einem Teil der Fluchtländer extrem prekär und unsicher.

Wir sagen: Die Grenzen müssen für die Betroffenen geöffnet werden! Flüchtlinge müssen die Möglichkeit haben, Länder zu erreichen, die ihnen einen sicheren Aufenthalt gewähren können. Russische Staatsbürger*innen, Oppositionelle wie Deserteure und Militärdienstentzieher müssen auch von Ländern außerhalb Russlands Anträge zur Aufnahme in die Europäische Union stellen können.

Und die EU muss ein Aufnahmeprogramm beschließen, damit diejenigen russischen Staatsbürger*innen, die sich unter großem Risiko von der Regierung ihres Landes abgewandt haben, Möglichkeiten der Ausbildung und Beschäftigung erhalten.

Die Bundesregierung hatte im April 2022 Jahres erklärt, dass russische Deserteure Asyl erhalten sollen. Ihre Desertion werde in Russland als politischer Akt gegen den Krieg angesehen. Für Militärdienstentzieher wurde dies jedoch ausdrücklich ausgeschlossen.

Was bedeutet das? Es gibt nur wenige, die tatsächlich desertiert sind. Sie sind einberufen worden, sie befinden sich an der Front und müssen dann flüchten. Wir wissen nicht, wie viele es geschafft haben, direkt aus dem Militär, aus dem Kriegsgebiet zu fliehen. Aber wir wissen, dass es ein großes Risiko ist.

Und dann gibt es all diejenigen, die rechtzeitig begreifen, dass sie in einen Krieg einberufen werden können. Sie fliehen aus dem Land und entziehen sich so dem Zugriff des Militärs. Sie waren so klug, dass sie angesichts einer möglichen Rekrutierung nicht erst eine Einberufung abwarteten, sondern schon vorher das Weite suchten. Und genau diese Gruppe wird in den Asylverfahren abgelehnt, wie Nikolai Goriachev. Sie haben die größten Probleme in der Europäischen Union, Asyl zu erhalten.

Wir sagen: Militärdienstentzieher wären bei einer zwangsweisen Rückkehr nach Russland einer Rekrutierung für den Krieg unterworfen. Deshalb: Nicht nur Deserteure, sondern auch die große Zahl der Militärdienstentzieher muss Schutz erhalten.

Und wie sieht es auf der anderen Seite der Front aus, in der Ukraine? Die Ukraine hatte zu Beginn des Krieges eine Generalmobilmachung verkündet und die Grenzen für militärdienstpflichtige Männer geschlossen. Das ohnehin restriktive Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung wurde einfach ausgesetzt. Einige Verweigerer wurden bereits zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Hier einige Beispiele: 3 Jahre Haft erhielt Dmytro Zelinsky, Andreii Vyshnevetsky wurde gegen seinen Willen an die Front geschickt, 3 Jahre Haft erhielt Vitaly Alekseyenko und ebenfalls 3 Jahre Mykhailo Yavorsky. Zudem werden Aktive der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, die diese Verweigerer unterstützen, unter Druck gesetzt. Das Büro von Yurii Sheliazhenko, dem Geschäftsführer der Organisation, wurde durchsucht. Gegen ihn läuft ein Verfahren wegen Unterstützung des Feindes. Die Kriegsdienstverweigerung wird vom ukrainischen Militär als eine gefährliche Handlung angesehen.

Von Angehörigen und Bekannten erhielten wir viele Anfragen, wie ihre Männer die Ukraine verlassen können. Wer es auf illegalen Wegen versuchte, riskierte die Festnahme an der Grenze.

Dennoch haben es viele geschafft, in die Europäische Union zu kommen. Hier erhalten sie zumindest befristet einen humanitären Aufenthalt. Das schützt sie vorläufig vor Abschiebung und Verfolgung. Aber langfristig werden auch sie vor der Frage stehen, wie sie sich einer Verfolgung wegen ihrer Verweigerung entziehen können.

Wir sagen: Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein unveräußerliches Recht. Es muss gerade auch in Kriegszeiten gelten, für jeden und jede, für Männer wie für Frauen, für Rekruten wie für Soldaten und Reservisten. Es ist zwingend notwendig, dass die Europäische Union dies auch gegenüber der Ukraine vertritt. Und solange ukrainische Verweigerer zu Haftstrafen verurteilt oder an die Front gebracht werden, müssen sie Schutz erhalten.

Um all diese Menschen, die sich – wo auch immer – dem Krieg verweigern. Um all diese Menschen zu unterstützen, haben wir von Connection e.V. schon frühzeitig ein Netzwerk aufgebaut. Wir arbeiten in enger Kooperation mit Gruppen und Organisationen, die in den verschiedensten Ländern zur Unterstützung der Verweigerer arbeiten. Zum Krieg in der Ukraine haben sich über 100 Organisationen weltweit in der #ObjectWarCampaign zusammengefunden. Mit Spenden können wir Beratungsstellen in Finnland, Estland, Litauen, Ukraine oder auch Georgien unterstützen. Gemeinsam fordern wir: Deserteur*innen und Verweiger*innen brauchen Schutz und Asyl.

Die Waffen nieder! Helft denen, die das ganz persönlich für sich bereits entschieden haben. Helft uns dabei, all diejenigen zu unterstützen, die sich auf welcher Seite auch immer, dem Grauen des Krieges entziehen, die sich verweigern, die desertieren.

Danke

https://www.Connection-eV.org